

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für U.-L.-Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Schreibband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Werts-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgepostete Nonpareilgröße oder deren Raum kostet 8,- M. einschließlich Teuerungszuschlag, kleine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut 2,- M. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,00 M., netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Klein-Anzeigen; das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Centrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

FR E I H E I T

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Liebesgaben an die Ugrarier

Frühdruschprämien und Erhöhung der Preise

Während die in allen Gegenden des Reiches ausbrechenden Teuerungsunruhen ein bedenkliches Zeichen für die ungeheure anwachsende Not unter der minderbemittelten Bevölkerung sind, scheint die Reichsregierung die Absicht zu haben, sich allen Lehren aus diesen Tatsachen gegenüber zu verschließen. Insbesondere im Reichsministerium für Landwirtschaft und Ernährung wird die vor einigen Monaten mit voller Kraft begonnene Politik der restlosen Erfüllung aller Wünsche der Agrarier mit Eifer fortgesetzt.

Der Abbau der Zwangswirtschaft ist in vollem Gange. Zwar hat gestern der Reichsernährungsminister Dr. Hermes einem Mitarbeiter der F. P. K. gegenüber geäußert, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Milch „jeder Diskussion entbehrt ist“, aber die in Angriff genommene Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fett bringt natürlich auch die Milchversorgung in drohende Gefahr. Wer, wie er, der Meinung ist, daß die „Voderung der Zwangswirtschaft der landwirtschaftlichen Produktion einen starken Anreiz geben würde“, ist überdies grundsätzlich geneigt, alle die Maßnahmen zu beseitigen, die dem Schutz der minderbemittelten Bevölkerung dienen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Reichsernährungsminister von einer „gerechten Preispolitik“ spricht, daß er nach seiner Erklärung die Absicht hat, „soweit als möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken.“ Denn seine Taten stehen mit diesen Erklärungen in allerhöchstem Widerspruch.

Obwohl der Reichsernährungsminister zugibt, daß die Ernteausichten als sehr günstig zu betrachten sind, obwohl ein Teil der Landwirte, insbesondere die bäuerlichen Landwirte, mit ihrem Führer Dr. Heim an der Spitze, sich gegen die Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wehren, weil sie sie als übermäßig und schädlich für die Volksgesundheit empfinden, hat der Reichsernährungsminister die Absicht, dem Reichstag eine Erhöhung der jetzt geltenden Mindestpreise um mehr als die Hälfte vorzuschlagen. Der Getreidepreis soll um 55 Proz. erhöht werden, d. h. von 1000 M. auf 1550 M. und die Preise für die übrigen Erzeugnisse sollen in demselben Umfange folgen.

Aber mit diesem unerhörten Plan, gegen den sich die Unabhängige Sozialdemokratie im Reichstage mit aller Entschiedenheit wenden wird, begnügt sich der Reichsernährungsminister nicht. Er benutzt die augenblicklich eingetretene Stodung in der Brotversorgung, die sich in einer Reihe von Gegenden in einer erheblichen Herabsetzung der Brottation geäußert hat, zu der Gewährung einer

Frühdruschprämie, durch die den Landwirten Hunderte von Millionen Mark in die Taschen gesteckt werden. Im vergangenen Jahre haben die Landwirte für Ablieferung- und Frühdruschprämien mehr als 3,5 Milliarden Mark erhalten. In einer Verordnung, die der Reichsernährungsminister unterm 30. Juni erlassen hat, ohne auch nur den Reichstag davon in Kenntnis zu setzen, hat er für Brotgetreide und Gerste Frühdruschprämien in Höhe von 200 M. festgesetzt. Am Scheingrade ist der Minister natürlich nicht verlegen, aber seine noch so redliche Begründung kann darüber hinwegtäuschen, daß es lediglich die Rücksicht auf die ostelbischen Agrarier ist, die diese Liebesgaben verschuldet. Durch Ablieferungstreit, durch Verschiebung von Getreide über die Grenzen, durch Verfütterung an das Vieh, durch Verkauf an den Schleißhandel sind hunderttausende von Tonnen Brotgetreide der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen.

Diese Tatsachen sind die Ursache für den jetzigen Notstand. Aber anstatt die Staatsgewalt gegen diese Landwirte in Bewegung zu setzen, und sie zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und zur Beachtung behördlicher Anordnungen zu zwingen, erhalten die Landwirte neue Prämien, durch die die Verbraucher ungeheuer belastet werden. Denn es ist einfach eine Täuschung, wenn der Ernährungsminister behauptet, eine Verteuerung des Brotpreises werde durch die Lieferungszuschläge unter keinen Umständen eintreten. Ja, wer zahlt denn diese Zuschläge? Sie müssen doch aus irgend einer Quelle bezahlt werden, und wenn sie nicht in Gestalt höherer Brotpreise von den Konsumenten direkt erhoben werden, so bleibt doch gar keine andere Möglichkeit übrig, als sie aus allgemeinen Staatsmitteln zu bezahlen, für die ja auch die minderbemittelten Massen in erster Linie wieder aufkommen müssen.

Eine solche Politik ist ein Verbrechen gegenüber den notleidenden Massen. Notfrei über Notfrei gelangt aus ihren Reihen, von Gemeinden und von Staatsregierungen an die Reichsregierung. Aber alles ist in den Wind gesprochen. Schon früher ist jeder Wunsch der Agrarier erfüllt worden. Aber seitdem das Reichsernährungsministerium vom Reichswirtschaftsministerium getrennt worden ist und seine Leitung in die Hände des agrarischen Zentrumsmannes Hermes gelegt worden ist, scheint alles auf die Absicht zuzufeuern, jede Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit fallen zu lassen und es zu opfern dem Profitinteresse der wenigen, unersättlichen ostelbischen Junker.

Die ungeklärte Lage der Regierung erschwert die Verhandlungen über den Boykott, der weitergeführt wird. Er greift auf neue Staaten über. Heute kam die erste authentische Nachricht aus Jugoslawien, daß der Verlehr von Staatswegen eingestellt sei. Die jugoslawische Arbeiterschaft erklärte sich einstimmig für den Boykott. Timmen erklärt in der „Wiener Arbeiterzeitung“, daß am 3. Juli in Brüssel eine Sitzung des Gewerkschaftsbundes stattfindet. Besprechungen zur Verschärfung des Boykotts sind eingeleitet.

Zwei deutsche Denkschriften an die Friedenskonferenz

Berlin, 1. Juli.

Die Friedensdelegation in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerquellen angepannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechung in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben, das von 22 hervorragenden, im wirtschaftlichen Leben lebenden Männern unterzeichnet ist.

Die Fristverlängerung abgelehnt

Paris, 1. Juli.

Der „Matin“ erklärt, daß die Botschafterkonferenz, die gestern die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung um Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone aus dem linken Rheingebiet präste, sich in aller Form dagegen ausgesprochen habe. Dieser Beschluß wird dem Obersten Rat bei seiner Zusammenkunft in Brüssel zweifellos unterbreitet werden.

Die Delegation für Spa

Zur Konferenz in Spa werden nach den vorläufigen Beschlüssen sich begeben Reichsanstalters Behrenbosch, Reichsminister des Innern Dr. Simon, sowie die Reichsminister Birth, Holz und Hermes. Insgesamt werden 26 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Stabpersonal nach Spa gehen.

Ertappte Schieber

Das war heute kein guter Tag für die Rechtssozialisten. Nicht nur, daß sich in der ausgezeichneten und eindrucksvollen Rede Henkes die Ueberlegenheit unserer grundsätzlichen sozialistischen Politik von dem feichten Opportunismus, wie ihn Hermann Müller vertrat, wirkungsvoll abhob, es ist ihnen auch die vergiftete Waffe aus der Hand geschlagen worden, die sie seit unserer Ablehnung, an der Regierung teilzunehmen, gegen uns geführt haben. Heute war: in der Lage, ein geheimes Rundschreiben des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die Parteipresse vom 9. Juni zu zitieren, das über die wirklichen Gründe der rechtssozialistischen Taktik in der Regierungsfrage einen sehr erwünschten Aufschluß gibt. Das Schreiben lautet:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
Berlin SW. 68, den 9. Juni

Streng vertraulich!

An die Parteipresse!

Werte Genossen!

Wenn wir auch die Entscheidung über die künftige Taktik dem am Sonntag zusammentretenden Parteiaussschuß und der künftigen Reichstagsfraktion überlassen wollen, so glauben wir doch der Parteipresse eine Darlegung unserer Auffassung der Lage schuldig zu sein. Wir haben sie genommen in einer Reihe von Erörterungen, die wir mit erfahrenen Parteigenossen, zum Teil auch mit Mitgliedern der Regierung, in dieser schweren Zeit in diesen Tagen gepflogen haben. Wir möchten bitten, daß die Parteipresse gerade in dieser schweren Zeit, die die Verantwortlichkeit für jeden am vorgeschobenen Posten stehenden Parteigenossen auf höchste hebeert, zu einer möglichst einseitigen Haltung gelangt, die das Selbstbewußtsein der Partei und das Gefühl der Sicherheit, das uns die Zukunft gebietet, widerpiegelt. Keinerliche Absprecher und mehr im inneren Kreise zu vorkommende Selbstkritik sollte die Haltung unserer Presse in den nächsten Wochen nicht zeigen. Wir sollten überhaupt ruhig Blut bewahren und keine Aufregung erkennen lassen. Der Reichspräsident vermag auf die Bildung einer neuen Regierung erst hinzuwirken, wenn die Fraktionen des Reichstages in Berlin zusammengesetzt sein werden. Das wird vor dem 18. Juni kaum möglich sein. Eine Bildung des Ministerrats lediglich auf Verantwortlichkeit der Parteiführer lehnt Ebert ab.

Seiner Absicht, im Falle einer Reichsregierung zurückzutreten, haben wir widersprochen. Wir würden damit eine sehr bedenkliche Position aufgeben und dem künftigen Ministerium freie Bahn gewähren. Das Verbleiben Eberts in der Reichspräsidentenschaft würde dagegen die Abschaffung des Achtstundentages, die Einbeziehung des Koalitionsrechts, die Wiederbelebung der Gesindeordnung und ähnliche Maßnahmen unmöglich machen. Ebert hätte auch die Möglichkeit, das Recht der Volksbefragung auszuüben und dabei die ganze Arbeiterschaft von den Kommunisten bis zu den christlichen Arbeitern zusammenzuschmelzen und damit einem Reichsministerium bedeutsame Niederlagen zu bereiten, ja auch den Reichstag zu gegebenen Zeit aufzulösen, also die ganze politische Lage in hohem Maße zu beeinflussen, wenn das auch nicht in negativem als in positivem Sinne geschehen kann. Ebert hat sich diesen Erwägungen nicht verschlossen, aber als die Bedingung für sein vorläufiges Verbleiben in der Reichspräsidentenschaft aufgestellt, daß durch die Parteipresse den Genossen die Motive seines Verbleibens klargestellt werden sollten. In welchem Zeitpunkt und mit welcher Begründung das geschehen soll, wird Gegenstand der Erörterung einer späteren Zeit sein. — Wir bitten deshalb, vorläufig diese Frage nicht zu berühren, wie wir überhaupt dieses Rundschreiben lediglich als Information, nicht als Objekt zu publizistischer Bewertung betrachtet zu sehen wünschen. Die Regierungsbildung dürfte sich vermutlich in der Woche nach dem 18. Juni abspielen.

Ebert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben, Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufzustellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen. Obgleich die unbedingte Ablehnung des Müllerschen Anerbietens durch die U. S. P. D. vorausgesetzt war, dürfte es sich empfehlen auf die Verpilligung der U. S. P. D. als der zweitstärksten Partei des Reichstages hinzuweisen, einen Teil der Verantwortung durch Mitarbeit an der Regierung und an der Führung des Reichstages zu übernehmen. Eine kluge und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten vierzehn Tagen kann die Stimmung der Arbeiterschaft sehr günstig für uns machen im Falle der Ablehnung der U. S. P. D. in die Regierung zu gehen, nachher sehr ungünstig gegen die U. S. P. D. beeinflussen.

Scheidet die Möglichkeit einer Regierung aus S. P. D., U. S. P. D., D. D. F. aus, so wird Ebert die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich berufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei in ihre Regierung eintreten, das wird aber von unserer Partei mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Vermutlich werden die Deutschnationalen Volkspartei und deutsche Volkspartei Ebert erklären, daß auch sie ohne die S. P. D. keine tragfähige Regierung zustande bringen werden.

Aber im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum von einigen Gruppen abgehen zum Eintritt in die Rechtskoalition bereit sein wird und daß die Deutsche Demokratische Partei zu einer wohlwollenden Neutralität dieser Regierung gegenüber zu gewinnen sein wird. Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustande kommen wird.

Massenversammlungen der U. S. P.

Trotz der riesenhaften Demonstration für die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, die gestern im Zirkus Busch und im Lustgarten stattfand, waren die von unserer Partei zu gestern abend einberufenen öffentlichen Volksversammlungen zum großen Teil sehr gut besucht; in einigen Lokalen mußten Parallelversammlungen abgehalten werden. Die Referenten, die über die politische Lage, die Lebensmittelfrage, Steuerabzug und Erwerbslosenfürsorge sprachen, fanden den Beifall der Versammelten. Besonders fanden auch die Gründe, die für das Nichttreten unserer Partei in die Regierung sprechen, das Verständnis der Zuhörer. Eine ausführliche Berichterstattung müssen wir mit Rücksicht auf die pünktliche Herstellung des Blattes zurückstellen.

Der Boykott gegen das weiße Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 1. Juli.

Die Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsbund und der ungarischen Regierung werden fortgesetzt. Die ungarische Regierung machte Versprechungen, die Rechtsicherheit auch für die Arbeiterbewegung herzustellen, sie kann dafür jedoch keine Garantien bieten. Der ungarische Gesandte reist am Donnerstag nach Budapest zurück, um bei der Regierung eine Erklärung zu vereinbaren, die die Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsbund bilden soll.

In Ungarn ist der Kampf zwischen der Militäraktion und der legalen Konterrevolution entbrannt. Offiziersterrortruppen besetzen Burg in Ofen, wo Horty residiert, um einen Druck in ihrem Sinne auf Horty auszuüben. Ein Teil betreibt die Vorbereitungen für einen monarchistischen Putsch. Der Kriegeminister Soos gehört zu ihnen. Soos erklärte es in der Nationalversammlung für einen großen Fehler, daß die erwachenden Magyaren ihre Morde und Raubereien in Offiziersuniform verüben.

Finanzminister Koranyi erklärte in geheimer Sitzung, daß der Bankrott unausbleiblich sei, wenn die Offiziersarmee nicht abgerüstet wird, die bisher 16 Milliarden gekostet habe. Er fordert zur Sanierung der Staatsfinanzen ein Getreidemonopol, was aber nach den Ausrufungen des Agrarierkongresses eine Bauernrevolution, wie die Abrüstung der Armee eine Militärrevolution hervorrufen würde.

Uns aber kann eine derartige Regierung im Augenblick nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spaan werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. Wir haben alles daran zu setzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spaan führen und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entlassung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen, zum schärfsten Feinde machen wird. Eine Auflösung der Armee und eine Entlassung von Tausenden von Offizieren würde uns würde die Offiziere als einen unheimlichen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antimilitaristischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion von den Rechtsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren als ein Akt unerhörter Treulosigkeit der bisherigen politischen Stützen der Armee empfunden werden. So ist die Befürchtung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Gewalt zur völligen freien Verfügung haben wird, durchaus unbegründet. Auch ein Ministerium der Rechten wird keine großen Schwierigkeiten mit der neu zu bildenden Armee haben. Ein Grund zur besonderen Befürchtung ist aus der Übernahme der Regierung durch die Rechtsparteien unter diesem Gesichtspunkte nicht abzuleiten.

Schwieriger erscheint uns für unsere Partei im Falle der Bildung einer Rechtsregierung unsere Stellung zu der U. S. P. D. Sie könnte leicht, wenn wir nicht sehr klug und vorsichtig sind, die Führung der Opposition in die Hand bekommen und damit der Entwicklung unserer Partei Abtrag tun. Selbstverständlich müssen wir in eine klare und ungewissenhafte Gegenüberstellung zur Rechtsregierung treten. Aber sie muß sich in ihren Methoden, in ihrem Ernste, in ihrer Sachlichkeit, von der vermutlich nur sehr grobmäuligen und tabulaulauligen Opposition der U. S. P. D. auch im Verständnis der Arbeiterklasse ganz deutlich abheben. Wir dürfen uns nicht ins Scheitern der U. S. P. D. nehmen lassen, wir müssen bei aller Klarheit und Entschiedenheit unserer Opposition doch die großen Gesichtspunkte niemals vermissen lassen.

In diese Maßstäbe wird es uns bald gelingen, das verlorene Terrain bei den kommenden Wahlen, die vielleicht noch in diesem Herbst stattfinden können wiederzugewinnen.

Wir hoffen, daß diese Gesichtspunkte in den Redaktionen unserer Parteipresse Zustimmung finden werden, so daß wir in aller Geschlossenheit klar zum Gesetze und in guter Stimmung auf eine bessere Zukunft das Schiff der Partei von der Parteipresse gelenkt sehen können.

Mit Parteigruß Der Parteivorstand.

Aus jeder Zeile dieses Schreibens ertönt der Gaunertanz: „Haltet den Dieb!“ Bündiger konnte der Beweis, daß wir mit unserer Beurteilung der rechtssozialistischen Taktik völlig im Rechte waren, gar nicht erbracht werden.

Wir hatten von Anfang an darauf hingewiesen, daß der Antrag an Müller, mit uns über den Eintritt in eine Koalitionsregierung zu verhandeln, gar nicht ernst gemeint war, sondern nur dem Zwecke diente, uns mit der Verantwortung für das Auscheiden der Sozialisten aus der Regierung zu belasten. Diesem rein agitatorischen Zweck und nicht der Regierungsbildung machte sich Herr Ebert ohne weiteres dienbar, als er Müller die Kabinettsbildung übertrug. Die beiden Herren verlängerten ohne Not die Regierungsfrist, um einem rechtssozialistischen Agitationsbedürfnis zu genügen. Nach außen hin tat man fürchtbar einseht über die schwere Krise. Dabei war schon die Parteipresse angewiesen, auf die Psychologie der Arbeiterschaft einzuwirken, um den Unabhängigen Anhänger abzunehmen.

Wir hatten nach dem Ausfall der Wahlen in erster und offener Weise darauf hingewiesen, aus welchen Gründen eine rein sozialistische Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich sei. Wir hatten zugleich eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien abgelehnt, weil sie Verwirrung in die Arbeiterschaft tragen und den Zwiespalt noch vergrößern würde, den Sozialismus aber nur kompromittieren könne. Wir hatten zugleich gesagt, daß, so wenig wir auch die Gefahren einer rein bürgerlichen Regierung unterkähen, doch die Arbeiterklasse stark genug sein würde, ihre Rechte wirksam zu verteidigen.

Der „Vorwärts“ hatte darauf gehöhnt und gelogen: die Unabhängigen wollen eine Regierung der Rechtsparteien, eine Regierung Hefferich-Ludendorff; die Unabhängigen verraten leichtsinnig das Interesse der Arbeiterklasse, weil sie die Gefahr einer bürgerlichen Regierung leugnen.

Das Rundschreiben des Parteivorstandes beweist klipp und klar, daß die Taktik der Rechtssozialisten von Anfang an darauf gerichtet gewesen ist, eine Regierung der Rechtsparteien zu zustande zu bringen. Sie sind es, die den Hefferich geowilt haben! Wenn nicht eine Rechtsregierung, sondern eine Regierung der Mitte zustande gekommen ist, so ist das nicht der Taktik der Rechtssozialisten, sondern dem Widerstand des Zentrums und der Demokraten zu danken, die die deutschnationale Regierung wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten abgelehnt haben.

Die Rechtssozialisten waren so „leichtsinnig“, so „unverantwortlich“, daß sie die Gefahren einer solchen Regierung ruhig in den Kauf nehmen wollten. Einmal, weil sie trotz ihres öffentlichen Ableugnens uns gegenüber auch ihrerseits die Widerstandskraft der Arbeiterklasse in Rechnung stellen, dann aber, weil sie durch ihre politische Schiebung etwaige schlimme Folgen auf die Unabhängige Sozialdemokratie abzuwälzen hofften.

Jetzt ist dieses ganze politische Schiebergeschäft sehr zur rechten Zeit enthüllt. Bei den Rechtssozialisten hat es sich nur darum gehandelt, ihre engsten parteipolitischen Vorteile zu wahren. Das Schreiben des Parteivorstandes wirkt deshalb so erbärmlich, weil es nirgends auf nur im entferntesten erkennen läßt, daß es ihren Verfassern irgend, wie um den Sozialismus, um die gesamte Arbeiterbewegung zu tun ist. Sie gehen in die Regierung, wenn sie durch die Hereinnahme der U. S. P. parteipolitisch gesichert sind. Wenn sie aber in die Opposition gehen, dann ist ihre erste Sorge, daß ihnen nicht von den Unabhängigen der Wind aus den Segeln genommen werde. Dessen ist sich reben sie so überzeugt und eindringlich von der Notwendigkeit der Einigung der Arbeiterbewegung. Heimlich denken sie nur daran, wie sie das nächstemal ein besseres Wahlgelächter auf Kosten der Unabhängigen machen können.

Das sind keine Sozialisten, das sind nicht einmal großzügige Politiker, es sind schäbige Parteimaskinewärter. So waren sie im Kriege, so während der Revolution, so gehen sie jetzt in die „Opposition“ gegen die bürgerliche Regierung!

Nach bekanntem Muster. Von zutändiger Stelle wird mitgeteilt: „Ein Nachrichtenbüro hat eine Meldung aus Romo verbreitet, nach der dort von großen Truppenkonzentrationen in der Gegend von Königsherg gesprochen werde. Die Truppen seien für einen gegenrevolutionären Einfall in Rußland bestimmt. Es handelt sich hier um die Weitergabe von Gerüchten, die, wie ausdrücklich festgestellt wird, vollkommen aus der Luft gegriffen sind.“ — Die Berichtigung ist allsufant nach bekanntem Muster angefertigt. Das Bulletinabentener wurde auch monatlang in Kreide gestellt, bis auf einmal die volle Katastrophe eintrat.

Die Helden von Mechterstedt

Sie sind alle unschuldig

Herr Rechtsanwalt Luettgebrune, der Verteidiger der Marburger Studenten, die bei Mechterstedt i. Th. 15 unschuldige Arbeiter ermordet haben, schickt uns folgende Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß die Marburger Zeitfreiwilligen auf eigene Faust einen Verbrechen nach Thüringen unternommen hätten. Es ist durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß in Thal die späteren 16 Gefangenen durch Verübung von Aufruhr, Landfriedensbruch und Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung gegen das Strafgesetzbuch sich vergangen hatten, was sie selbst eingestanden haben, und daß die Festnahme der Täter durch den die polizeiliche Gewalt ausübenden Militärbeschihsaber angeordnet war.

2. Es ist unwahr, daß die Namen der Gefangenen durch eine Denunziation eines dunklen Spießbüß bekannt gegeben seien. Wahr ist vielmehr, daß die Namen der beiden Hauptanführer Rödfziger und Fildner von den Schlichteisen von Thal und die übrigen Namen durch die beiden Gefangenen selbst dem Militär- und Gendarmereiwachtmelder genannt sind.

3. Es ist unwahr, daß unter den Zeitfreiwilligen eine Verabredung getroffen sei, die Gefangenen zu besettigen, und daß die Gefangenen in der schwersten Weise mißhandelt, beschimpft und angepöbelten seien. Es ist vielmehr durch die Beweisaufnahme erwiesen, daß die Behandlung der Gefangenen korrekt war.

4. Es ist unwahr, daß die Gefangenen durch Schüsse aus nächster Nähe und dicht neben der Haustür in Häufen miteinander erschossen seien. Wahr ist vielmehr, daß die Gefangenen in kleineren Abteilungen entlassen sind und in einer Entfernung von etwa 10 bis 50 m auf sie geschossen ist.

5. Es ist unwahr, daß durch diese Schüsse und Judzigen festgestellt wurde, daß von einem Flüchtling der Gefangenen nicht im Entferntesten die Rede sein könne. Wahr ist vielmehr, daß sowohl durch die Augenscheineinnahme als auch durch einwandfreie Augenzeugen sowie durch die Gutachten Sachverständiger festgestellt ist, daß die Gefangenen an zur Flucht geeigneten Stellen je nach Gelegenheit die Flucht ergriffen haben und die Angelegten zur Verhinderung der Flucht unwiderlegt kein anderes Mittel als den anbefohlenen Gebrauch der Schusswaffe hatten.

Die Behauptungen des Herrn Verteidigers stützen sich auf die Angaben des Marburger Wirtshausbesizers, der vor Gericht eine militärische Jugendgemeinschaft gebildet hatte. Möge der Herr Verteidiger dieser Jugendgemeinschaft immerhin Glauben schenken, von uns daselbe zu verlangen, ist eine ungehörliche Anmaßung.

Tranerdemonstration zum Tode Bernhard Schottländers

Aus Breslau wird uns geschrieben: Montag nachmittag versammelten sich, gemäß der Parole des Ortsrates der U. S. P. und des Volksgenossen der politischen Arbeitervereine, viele Tausende der Breslauer Arbeiterschaft auf dem Palaisplatz im Innern der Stadt. Sie waren gekommen trotz der Sabotage der U. S. P. D., die den am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluß, die Arbeit am Beerdigungstage in den städtischen Betrieben ruhen zu lassen, plötzlich wieder aufgehoben hatte, weil die Trauerfeier nicht mit der Beerdigung zusammenfalle, und trotz der Sabotage des Magistrats, der den Arbeitern und Angehörigen verbot, die Arbeit niederzulegen. — Der beste, ehrlichste, aktivste Teil des Breslauer Proletariats ließ sich nicht bezören, Bernhard Schottländer eine letzte Ehrung zu erweisen und damit gegen das Verbrechen, das an ihm verübt und in dem System liegt, zu demonstrieren.

Um 2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Voran wurden umflorte Fahnen der Parteien und Betriebe, sowie unzählige Kränze getragen. Der Zug ging über die Kaiser-Wilhelm-Straße zum Kaiser-Wilhelm-Platz und nahm vor dem Hause Kaiser-Wilhelm-Platz 4, wo Schottländer wohnte, in Reihen Aufstellung. Vom Balkon des Hauses aus sprach Genosse Ebert über die Persönlichkeit des Toten und ermahnte die Versammlung, im Sinne des Toten weiterzuarbeiten. Dann marschierte der Zug zum israelitischen Friedhof Lohestraße. Ehrfurchtsvoll zogen die Massen am Grabe Bernhard Schottländers vorüber. Auf den Seiten hatten die Kranz- und Kranzdeputationen, sowie ein Männergesangsverein Aufstellung genommen. Auch am Grabe Ferdinand Lassalles, der auf demselben Friedhof liegt, wurde ein Kranz niedergelegt.

Nachher fand außerhalb des Friedhofes eine große Demonstrationsversammlung statt, in der mehrere Redner Bernhard Schottländer würdigten und die Massen aufforderten, zu kämpfen, bis das System, dem Schottländer zum Opfer gefallen, vernichtet und eine Welt der Sittlichkeit und des Friedens aufgebaut sei. In langem Demonstrationzuge ging die Versammlung nach dem Stadtturm zurück, wo der Zug sich dann auflöste.

Der Ruin des Landes

In der ungarischen Nationalversammlung hat leßthin der Finanzminister ausgeführt, daß die nationale Armee der Ruin des Landes sei. Die Armee erfordere für ihre Aufstellung 16 Milliarden Kronen, sie umfaßt 40 000 Offiziere, und ein Offizier kostet den ungarischen Staat jährlich 62 000 Kronen. Die Unterhaltung verschiedener Formationen im Ausland erfordert ungeheure Summe. Jede Automobiltour der Offiziere kostet 100 000 bis 150 000 Kronen. Es müsse sowohl der Beamtenapparat dieser Armee abgebaut, als auch die Offiziere der Armee entwaiffnet werden.

Die im Ausland unterhaltenen Formationen, die so ungeheure Summen verschlingen, dienen der monarchistischen Verschwörung und der Verfolgung und Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge an das Messer der Horthybanden. Die Ausführungen des Finanzministers zeigen im übrigen recht deutlich, daß auch in Ungarn der Militarismus in erster Linie deshalb sein Unwesen treibt, weil es den Offizieren vor allem daran liegt, ihre gut bezahlten Poststellen zu behalten. Die Offizierskompagnien, die das Vaterland angehtlich reiten wollen, führen es infolge der hohen Ansprüche dem direkten Ruin entgegen. Und dieses Ungarn der mordenden und das Land ausplündernden Offiziersbanden ist das Ideal der deutschen Nationalisten geworden!

Die Lebensmittelunruhen

Die Lebensmittelunruhen nehmen im Reiche ihren Fortgang. In Worms haben Mittwoch abend große Straßenkundgebungen gegen die Teuerung stattgefunden. Im Anschluß daran kam es zu Plünderungen; Kolonialwarenläden, Schokoladegeschäfte und Kleidermagazine wurden ausgeräumt. Der Schaden soll sich auf zwei bis drei Millionen Mark belaufen. In Kiel hat eine Meßerversammlung, die von den Arbeiterpartei, den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden einberufen war, gegen die Teuerung protestiert. Die Demonstration nahm einen ruhigen Verlauf.

In Kassel hat die Marktpolizei zwangsweise den Rirchenspreis auf 1,80 Mark pro Pfund herabgesetzt. Auch sonst sind erhebliche Preissteigerungen eingetreten.

Die Unruhen in Lübeck haben im ganzen vier Tote gefordert, die Zahl der Verletzten soll wesentlich größer sein. In Hamburg wurden bei den Unruhen am 26. Juni 4 Personen getötet und 10 verwundet.

Eine Verleumdung

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel mit der Entmilitarisierung der Sicherheitspolizei, zu der die deutsche Regierung durch die bekannte Note der Entente aufgefordert wird. Das Blatt stellt dabei die Behauptung auf, die U. S. P. D. unterhalte in der Schweiz ein Bureau, das dazu bestimmt sei, der Entente Material gegen die Zeitfreiwilligen, die Einwohnerwehren und die Sicherheitspolizei zu liefern. Diese Behauptung ist eine freche, böswillige Verleumdung, für die das kappistische Organ keinerlei Beweise erbringen kann. Wenn es aber glaubt, derartiges Material in den Händen zu haben, dann verlangen wir die schnellste Veröffentlichung, damit wir dem Fingergewebe nachgehen und den alldeutschen Duden auf die Finger klopfen können.

Neuregelung des englischen Eisenbahnwesens

S. N. London, 1. Juli.

Die britische Regierung hat beschlossen, sämtliche britischen Eisenbahnen in fünf oder sechs Gruppen zu vereinigen. Jede dieser Gruppen erhält einen Ausschuß, in dem die Arbeiter und die Verwaltung der Gesellschaften vertreten sind. Die Hauptrolle bleibt aber den Anteilbesitzern vorbehalten. Die Regierung behält sich das Recht vor, eine Anzahl der Surplus-Gewinne für sich zu fordern.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

2. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli 1920.

Vorsitzender Eder von Braun eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Eine Beschwerde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Dr. Geertlich folgende Beschwerde vor: Wir müssen leider wahrnehmen, daß wir hier in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses wenig gern gesehene Gäste sind. (Hört! hört!) Dieser Zustand hat sich noch dadurch verschärft, daß der Präsident der Preussischen Landesversammlung, Herr Leinert, den Auftrag gegeben hat, das Gebäude kahlsuräumen und Decken und Säulen zu entfernen. (Lebhaftes Hört! hört!) Dadurch soll uns die Anwesenheit verleidet werden. Ich beantrage, daß das Präsidium beauftragt wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, um uns recht bald ein würdiges Unterkommen zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Scholz: Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsregierung bestrebt ist, Ihnen das Unterkommen in diesem Hause so behaglich wie möglich zu machen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Stilllegung von Betrieben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgender Antrag Wisfells: Die andauernde Schließung von Betrieben, Bestimmungswiese die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenherzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftspolitische Ausschuß wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen umgehend zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Abg. Wisfells begründet darauf seinen Antrag. Angesichts der notwendigen Rohstoffe und Lebensmittelzufuhren ist unbedingt die Vermehrung der inländischen Gütererzeugung notwendig. Angesichts dieser Tatsache werden auch Betriebe geschlossen, weil sie aus irgendwelchen Gründen nicht lohnend sein können. Wir haben jedenfalls die Aufgabe, darüber nachzudenken, nicht, wie wir die Arbeitslosen unterstützen können, sondern, wie wir ihnen die Freude an der Arbeit lassen. Der wirtschaftspolitische Ausschuß reicht dafür nicht aus, er muß mit dem sozialistischen Ausschuß gemeinsam beraten.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Ausschußberatung ist dem Reichswirtschaftsministerium erwünscht, weil es dort den Sachverständigen die Maßnahmen zur Begünstigung unterbreiten kann, die ihm zur Überwindung der Arbeitskrise angezeigt erscheinen.

Abg. Jäger führt Beschwerde darüber, daß die Textilarbeiter im wirtschaftspolitischen Ausschuß nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai sind in der Textilindustrie zehntausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichen zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müssen in Gemeinschaft übernommen werden. (Unruhe.)

Der Antrag Wisfells wird dem wirtschaftspolitischen und dem sozialpolitischen Ausschuß zu gemeinsamer Beratung überwiesen. Ohne Aussprache wird beschlossen, den wirtschaftspolitischen Ausschuß mit der Bildung des Ausschusses für die Aufhebung der Betriebsstilllegungen zu beauftragen.

Betriebsräteauschuss.

Abg. Umbreit beantragt seine Bildung durch den sozialpolitischen Ausschuß. — Abg. Hansen beantragt, die Einziehung eines Spruchamtes aus den Mitgliedern aller Gruppen. — Abg. Bernhardt: Will der Ausschuß die Entscheidung über die gesamte Materie hat, weisen wir ihm die höchste Bedeutung bei. — Abg. Umbreit: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Vorschlages Hansen zurück.

Abg. Aushäuser: Meine Freunde sind darüber auf das höchste erfreut; das Spruchamt ist für uns unannehmbar; außerdem übernimmt seine beschäftigte Dreiteilung dem Betriebsrätegesetz, das ausdrücklich als Parteien nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorseht.

Der Vorsitzende teilt mit, daß sich der wirtschaftspolitische Ausschuß konstituiert hat. Vorsitzender ist Abg. Kraemer, Vertreter der Industrie, stellvertretende Vorsitzende sind Staatsminister a. D. Wisfells, Arbeitnehmervertreter der Industrie, und Staatssekretär a. D. Dr. August Müller (Gruppe der von der Reichsregierung ernannten Vertreter).

Im Haushaltsausschuss des Reichstages gab bei der Fortsetzung der Beratung des Budgets der Sozialdemokrat Bauer seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß namentlich in Bayern der Partikularismus immer härter werde und die Regierung den weitgehenden Forderungen Bayerns gegenüber keinen Widerstand geleistet habe. — Staatssekretär Stieler bezeichnet die schematische Durchführung des Wirtschaftstages für einen Unfug. Die Eisenbahn würde event. dadurch zugrunde gerichtet werden. — Die Ansätze des Verkehrsministeriums wurden genehmigt, darunter 186 Millionen Mark für Beschaffung von Wohnungen. — Bei der Fortsetzung der Beratung des Budgets wurde der Antrag von 2 Millionen Mark für Wohnungszugabe durch fast einstimmigen Beschluß um eine Million gekürzt. Die Stellenanforderungen für Bayern, Mecklenburg und Oldenburg im Bereich des Verkehrsministeriums (rund 4400 neue Stellen), gaben Anlaß zu einer eingehenden Aussprache über das Verhältnis des gesamten Eisenbahnwesens. Vom Abgordneten Dr. Bachnick wurde die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der unter Zuziehung von Mitgliedern der Regierung zu prüfen habe, welche Reformen zum Zweck der Verbilligung in den einzelnen Verwaltungszweigen vorzunehmen seien.

Der Spizelsumpf der Republik

Der Mordprozeß Blau

Lochspigel Teufel als Zeuge

Sechster Verhandlungstag.

Nach eintägiger Pause wurde gestern die Verhandlung wieder aufgenommen. R. A. Weinberg teilt mit, daß die Angeklagten Hoppe und Fichtmann aus ihrer Zelle am Dienstagabend verlegt worden sind, damit sie von den neuen Zeugnachbarn nicht bespitzelt werden können. Der Vorsitzende und der Staatsanwalt erklären, zu dieser Verlegung keine Veranlassung gegeben zu haben. Der Gefängnisarzt Sanitätsrat Dr. Lehmann wird beauftragt, festzustellen, warum die Gefängnisverwaltung diese Anordnung getroffen hat.

Das Gericht beschließt, die Vernehmung des Zeugen Leuschner wegen Verdacht der Mittäterschaft abzulehnen. Von der Vernehmung des Zeugen Geisler wird Abstand genommen, da sich dieser auf Einzelheiten nicht mehr besinnen will.

Der Alibibeweis des Angeklagten Fichtmann.

Die Zeugin Fräulein Kusche ist mit Fichtmann näher befreundet gewesen. Sie gibt an, am Freitag, den 1. und Sonnabend, den 2. August mit Fichtmann bis spät nachts zusammen gewesen zu sein. Der Zeuge Worm erklärt mit großer Bestimmtheit, daß Fichtmann am Freitag, den 1. August sich nicht an dem Raubzug des Lochspigels Teufel beteiligt hat. Der Lochspigel Teufel, den sie damals noch als Genossen betrachteten, habe ihn, den Zeugen, ebenfalls aufgefordert, sich an dem Überfall auf Orlowski zu beteiligen. Er hat das mit Entschiedenheit abgelehnt. Auch der Angeklagte Fichtmann kann sich nicht daran beteiligt haben, denn er war während des ganzen Abends, an dem diese Tat ausgeführt wurde, in seinem Lokal.

Lochspigel Teufel hatte mehrere Uniformen der Reichswehr und auch Stahlhelme besorgt und ist, so ausgerüstet, mit einigen anderen losgezogen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß er vor dem außerordentlichen Kriegsgericht, das den Fichtmann zu 12 Jahren Zuchthaus wegen dieser Tat verurteilt hat, nicht als Zeuge vernommen worden sei. Er wisse genau, daß Fichtmann unschuldig im Zuchthaus sitze.

Auch der nächste Zeuge Hans Löper kann mit Bestimmtheit bekunden, daß Fichtmann am Sonnabend, den 2. August, bis gegen 12 Uhr in dem Lokal von Obst gewesen ist. — R. A. Weinberg: Aus den verschiedenen Fragen, die der Staatsanwalt an diesen Zeugen richtete, geht hervor, daß diese Zeugnisaufgaben des Spizels Teufel beruhen. Diese Zeugnisaufgaben des Lochspigels Teufel sind falsch, was der Triseur Julius Meyer, Grünberger Straße 3, bezeugen kann. Er beantragt dessen Ladung.

Der Zeuge Dahms bekundet, daß ergen ihn das Untersuchungsverfahren in dieser Angelegenheit geschwebt habe, weil ein Spigel Samson falsche Angaben gemacht hat. Er sei vollständig unschuldig verdächtigt worden und wisse von der Mordsache Blau gar nichts. — Die Eheleute Obst so von der Mordsache Blau gar nichts. — Die Eheleute Obst so von der Mordsache Blau gar nichts. — Die Eheleute Obst so von der Mordsache Blau gar nichts.

Der Vorsitzende gibt ein Telegramm vom Generalkonsul in Zürich bekannt, in welchem gemeldet wird, daß Schreiber erklärt, er werde nur der Vorladung als Zeuge Folge leisten, wenn er vorher die versprochenen 4000 Mark erhalte.

Es wird hierauf die Schwester des Fichtmann vernommen, die ebenfalls mit Bestimmtheit auszusagen kann, daß der angeklagte Fichtmann bis gegen 12 Uhr an dem fraglichen Abend in dem Lokal von Obst gewesen ist. Dasselbe behauptet der Bruder des Fichtmann. Nach 12 Uhr ging er mit seinem Bruder und noch mehreren Freunden nach Hause und er habe sich später mit seinem Bruder schlafen gelegt. Da sein Bruder dann nochmal fortgegangen sei, sei unmöglich, daß er mit ihm zusammen in einem Bett geschlafen habe. Der Zeuge bekundet dann weiter,

daß der Lochspigel Teufel den Raubmordversuch am 1. August an Orlowski verübt habe.

Auf Befragen des Vorsitzenden, wieso er das mit Bestimmtheit behaupten könne, gibt der Zeuge an, daß nicht sein Bruder, sondern er selbst daran teilgenommen habe.

Die Zeugen Heilmann, Hoppe und Holland sind Freunde des Angeklagten Hoppe. Sie schildern Hoppe, den sie seit langer Zeit kennen, als einen weichenherzigen guten Menschen, der niemand etwas zuleide tun könne. Sie waren auch zugegen, als an Hoppe die hypnotischen Experimente ausgeführt wurden. Sie glauben, daß Hoppe infolge dieser geistigen Veranlagung ein sehr leicht zu beeinflussender Mensch sei.

Nach der Mittagspause wird der inzwischen herbeigerufene Triseur Meyer vernommen. Er gibt an, daß er mit dem Teufel

sel sehr gut befreundet war und nicht glauben wollte, daß dieser Spizeldienste verrichtet hätte. Teufel hatte ihn seinerzeit in den geplanten Raubmord an Orlowski eingeweiht. Er, der Zeuge, hätte versucht, ihm das auszureden, da er infolge seiner politischen Überzeugung Gegner jeglicher terroristischer Akte sei. Bei dieser Gelegenheit hatte ihm Teufel auch gesagt, er hätte noch eine große Sache vor. Wenn die glückt, dann haben wir einen großen Spizel erledigt. Bei dieser Gelegenheit sei er, wie auch seine Frau, auf den Gedanken gekommen, daß Teufel doch Spizel sei. — R. A. Weinberg: Hat Teufel auch gesagt, daß die R. P. D. zu schlapp sei? Zeuge: Jawohl,

er drängte immer auf terroristische Gewaltakte. Die Eltern des Angeklagten Hoppe schildern übereinstimmend, daß ihr Sohn immer ein guter und folgsamer Junge gewesen sei, dem die Gewalttat fernliege. In seiner Jugend habe er häufig Ohnmachtsanfälle erlitten und sei wahrscheinlich auch etwas erblich belastet.

Die Vernehmung des Lochspigels Teufel.

Inzwischen ist unter starker polizeilicher Bewachung der Lochspigel Teufel vor Gericht erschienen. Bevor der Lochspigel den Saal betritt, macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß er den Zuhörerraum bei der ersten Vernehmung des Zeugen Teufel oder bei Mißfallens- oder Beifallstundgebungen räumen lassen würde. Der Lochspigel gibt an, daß er Ottomar Toiff (nicht Teufel) heiße, 22 Jahre alt und aus Oesterreich komme. — Vorsitzender: Kennen Sie die Angeklagten? Zeuge: Nur Fichtmann. Vorj.: Sind Sie Politagent? Zeuge (zögernd): Nein. Vorj.: Was sind Sie jetzt von Beruf? Zeuge: Bureauangestellter. — R. A. Liebknecht: In welchem Bureau ist der Zeuge angestellt? Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. — Vorsitzender: Wo wohnt der Zeuge? Zeuge: Auch darüber verweigere ich die Auskunft.

Der Lochspigel Toiff schildert dann, daß er nach dem Kriege bei dem Gruppenkommando 1 (Lüttich) in die Reichswehr eingetreten sei. Er habe mit der kommunistischen Partei Fühlung genommen und so Familie Fichtmann kennen gelernt. — Vorj.: Waren Sie überzeugter Kommunist? Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Warum hatten Sie sich beim Militär anwerben lassen? Zeuge: Um für die kommunistische Partei die Verhältnisse bei der Reichswehr anzufinden. — Vorj.: Na, Sie waren aber doch nicht überzeugter Kommunist? Zeuge: Ich habe es getan, weil der Bauer Fichtmann es mir angeraten hatte, und weil ich beim Militär ein gutes Auskommen hätte. — Der Zeuge schildert dann weiter, daß er bei der Reichswehr Unteroffizier wurde, das er es aber auch mit den Fichtmanns ehrlich gemeint hätte. Von Fichtmanns hätte er dann gehört, daß bei der R. P. D. eine Kampfgruppe bestehe, und eine T-Gruppe (Terroristen). Vorj.: In der Nacht zum 1. Juli wurde die Tat an Orlowski verübt. Der Zeuge Hugo Fichtmann gibt an, daß nicht der Angeklagte Fichtmann, sondern er selbst bei der Ausführung der Tat zugegen gewesen ist. Zeuge: Das ist eine Lüge. — Vorj.: Zeuge Hugo Fichtmann, treten Sie hervor, wiederholen Sie in Gegenwart des Toiff die Angaben, die Sie uns heute hier gemacht haben.

Zeuge Fichtmann: Ich wiederhole, daß Toiff der Anführer bei dem Raubmord auf den Diamantenhändler Orlowski gewesen ist. Nicht mein Bruder, sondern ich war bei der Tat zugegen.

Toiff war es gewesen, der den Orlowski verhaftet, ihn nachher in der Nähe von Friedrichshagen mit dem Gewehrstoßen über den Kopf geschlagen und dann den Schuß hinter ihm hergeschossen hat. Vorj.: Erzählen Sie uns nun, was Sie von der Mordsache Blau wissen. — Toiff schildert, daß er am Sonnabend, den 2. August, nachmittags in das Lokal von Fichtmann gekommen sei. Man hätte ihm erzählt, daß Max Fichtmann von einem Kurier der T-Gruppe abgeholt worden sei. — Vorj.: Wo tagte denn die T-Gruppe? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vorj.: Woher wissen Sie denn überhaupt etwas von der T-Gruppe? Zeuge: Ich habe von der Gründung gehört. Der Lochspigel Toiff schildert dann weiter, daß er am 2. August bis nachts 2 Uhr im Lokal von Fichtmann gewesen wäre, ohne daß Max Fichtmann zurückgekommen sei. Sonntag war er nicht bei Fichtmanns. Am Montag, den 4. August, sei er nachmittags in das Lokal von Fichtmann gekommen und da habe ihm ein gewisser Hermes die „B. 3.“ gezeigt, worin der Bericht über die Ermordung Blaus enthalten war. Abends habe er dann Fichtmann gesehen und es sei ihm aufgefallen, daß er sehr bleich ausgesehen habe. — Vorj. und Staatsanwalt (zu gleicher Zeit unterbrechend): Soll es am 4. August... — R. A. Liebknecht: Ich bitte doch dringend, jetzt nicht zu unterbrechen. (Bekanntlich ist die Leiche erst am 7. August gefunden worden.) Der Zeuge Lochspigel Toiff wird ruhig und gibt jetzt an, daß er sich in diesem Punkt wohl irrt, das hätte wohl erst am Donnerstag in der „B. 3.“ gestanden. Er schildert dann weiter, daß ihm am Abend ein gewisser Tschackel im Lokal von Obst nähere Mittei-

lungen über die Mordtat gemacht habe. Am andern Tage hätte er dann der Kriminalpolizei davon Mitteilung gemacht. R. A. Liebknecht: An wen haben Sie die Anzeige gelangen lassen? Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. Vorj.: Sie müssen diese Aussage machen. Zeuge: Ich habe einen Bericht geschrieben und diesen durch einen Mittelsmann an den Kriminalnachmeister Heilmann gelangen lassen. Durch diesen ist es dann zur Kenntnis des Kriminalkommissars Dr. Niemann gekommen, der ihn auch dann vernommen habe.

Vorj.: Zeuge Meyer, treten Sie noch einmal vor und sagen Sie dem Zeugen Toiff ins Gesicht, was Sie uns vorher hier erzählt haben. Zeuge Meyer:

Ottomar Toiff, Du hast hier nur Lügen vorgebracht. Du kannst es nicht ablegen, daß Du zu mir und meiner Frau von der Beratung des Orlowski gesprochen hast.

Du hast zu mir und meiner Frau von dem geplanten Mord an einem großen Spizel gesprochen. — Vorj.: Angeklagter Fichtmann, was sagen Sie zu der Aussage Toiffs? Angekl. Fichtmann: Ich erkläre, daß alles blanke Schwindel ist, was Toiff hier gesagt hat. Ich behaupte ferner, daß Toiff am Sonnabend, den 2. August, überhaupt nicht in meinem Lokal gewesen ist.

R. A. Weinberg: In welchem Bureau sind Sie beschäftigt? Zeuge: Darüber verweigere ich nochmals die Auskunft. Das Gericht behält sich die Entscheidung, ob diese Frage vom Zeugen beantwortet werden muß, vor. — R. A. Weinberg: Haben Sie vom Oberleutnant Graf Westarp den Auftrag erhalten, unbedequate Persönlichkeiten zu bespitzeln? Zeuge: Nein. R. A. Weinberg: Haben Sie diesen oder einen ähnlichen Auftrag vom Grafen Westarp vielleicht durch Vermittlung eines Kaufmanns Kabant bekommen? Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. — R. A. Weinberg: Haben Sie irgendwelche Aufträge von einem Hauptmann von Ledebur erhalten? Zeuge: Nein. — R. A. Weinberg: Sie können das belegen? Zeuge gibt keine Antwort. — R. A. Weinberg: Haben Sie jemals die Anregung dazu gegeben, Kommunisten zu ermorden? Zeuge: Nein.

R. A. Weinberg stellt dem Gericht anheim, mehrere von ihm benannte Personen als Zeugen zu laden, damit ihm die Möglichkeit gegeben wird, den Beweis für die in den Fragen liegenden Tatsachen zu erbringen.

Die Verhandlung wird auf Freitag vormittag 9.30 Uhr vertagt.

Für die Sozialisierung des Wohnungswezens

Die schlimmen Zustände im Baugewerbe und die noch weit schlimmere Wohnungsnot führen immer weitere Kreise zu der Erkenntnis, daß nur die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswezens gründliche Besserung herbeiführen kann. Die Bauarbeiterorganisationen hatten deshalb für den 1. Juli zu einer Demonstration im ganzen Reich angefordert, um für die Sozialisierung einzutreten. In Groß-Berlin fand diese Demonstration, zu der außer den baugewerblichen Organisationen auch der Mieterbund, der Verband der Landenkolonisten und verschiedene Stedlervereinigungen aufgefordert hatten, gestern im Jirkus Busch und im Lustgarten statt.

Im Jirkus Busch sprach Reichstagsabgeordneter Silbermann als Referent gegen Wohnungsmot und Wohnungswucher. 20 000 Familien in Berlin können trotz Dringlichkeitsgesetzes keine Wohnung erhalten. Die Not besteht fast überall in gleicher Weise. (Zurufe: Warum habt Ihr die Kriterien nicht freigemacht? Ihr seid ja mitschuldig durch eure Kriegspolitik! machen sich bemerkbar, als der Redner nur von staatlicher Bauförderung und von Baukosten sprach. Die große Unruhe machte die weiteren Ausführungen unverständlich.) Genosse Böger brachte dann unter allgemeinem Beifall eine Resolution zur Verlesung, in der den Regierungen, Parlamenten und Gemeinden vorgeschrieben wird, daß sie nichts genügendes dazu getan haben, ständig wachsende Wohnungsnot und das Wohnungsdefizit wirklos zu bekämpfen. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß Hunderttausende von Deutschen nur mangelhaft oder gar nicht untergebracht seien, während auf der andern Seite Massen von Bauarbeitern die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen müßten. Zur Erzielung einer durchgreifenden Besserung wird die rücksichtslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter verlangt, ferner Einstellung einer weiteren Militärdeklaration in den neuen Reichsgesetz zur Gewährung weiterer Baukostenzuschüsse, Steigerung der Bauleistungsleistung, stärkere Bekämpfung des Baukostenwuchers, Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie, Beseitigung des privaten kapitalistischen Wohnungswuchers und Ueberführung des Besitzrechtes am Boden in die öffentliche Hand.

Eine zweite Resolution, aus der Versammlung angebracht, verlangte Kampf gegen die beabsichtigte Mieterhöhung, restlose Beschlagnahme aller Wohnräume und baldige Sozialisierung der Häuser und des Bodens.

Vertreter des Bundes technischer Angestellten und Beamten, des Verbandes der Landenkolonisten und der Stedlerverbände geden

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

Im Schlafzimmer ist alles beim alten. Dieselben breiten Betten mit den hohen Federkissen, derselbe weiße Schrank, die Ottomane, die Nachttische; und doch hat sich etwas verändert. Die Beleuchtung ist schummrig, die elektrischen Lampen sind längst ausgebrannt, und neue kann man nicht erhalten. Ich will mir einreden, daß diese scheinbare Veränderung eben in der Entfernung von der gewohnten Umgebung während der letzten fünf Jahre zu suchen ist und doch fühle ich gleichzeitig die Unzulänglichkeit dieser Argumente. Ich errate eher instinktiv, daß sich das Leben ringsum verändert hat; worin doch diese Veränderung besteht, kann ich nicht erfassen.

Durch dieses Bewußtsein der Ungewißheit hervorgerufen, bemächtigt sich eine bedrückende Aufregung meiner Brust und gleichzeitig erwacht eine scharfe, suchende Neugier, der brennende Wunsch, dieses unverständliche, fast feindselige Geheimnis zu erraten.

„Weshalb schaust du so?“ sagt sie, und es kommt mir vor, als entleerte sie sich in besonders hastiger Eile. „Ich habe gar nichts verändert, wie du siehst. Kleide dich aus, mein Lieber.“

Ich höre, wie ihre Kleider lautlos zu Boden gleiten und bei ihren Füßen eine runde Erhöhung bilden. Und es dünkt mich, als höre ich in Wirklichkeit, hinter der Wand einen tiefen, langen, wimmernden Seufzer.

Wer ist denn das? War ich das selbst? Wunderlich!

Mir ist peinlich, ich schäme mich. Ist es die fünfjährige Enthaltsamkeit, die Entfremdung von der Frau? Ich empfinde jetzt ein Unbehagen, eine gewisse Scham, indem ich sehe, wie sich die dicken, fleischigen Schultern meiner Frau entblößen, ebenso die herabhängenden Brüste und die bis zu den Schultern fahlen, muskulösen Arme, die ungeduldig die Korsettstangen ausfinden.

Es dünkt mich, als empfinde ich den besonders unangenehmen Geruch des menschlichen Körpers, den spezifischen

Geruch des Frauenkörpers. Er ist widerlich süß und steigt mir in seiner betäubenden Schärfe zu Kopfe.

Es ist mir übel. Der Kopf schwindelt mir. Dieser Geruch ekelt mich ganz besonders.

Ohne ein Wort zu sagen, lege ich mich auf den Stuhl, kann aber lange meine breiten Soldatenstiefel nicht abziehen.

„Soll ich dir vielleicht helfen?“ sagt meine Frau, schon ganz entkleidet, in einem dünnen, durchsichtigen Hemd, zu mir herantretend.

Es erfährt mich eine unverständliche, unerklärliche Furcht bei ihrem Nahen. Meine Hand hastig vor mich hinstreckend, als wollte ich mich vor ihr schützen, sage ich:

„Nein, Anja, ich danke, ich tue es schon selbst.“

Entkleidet stehe ich lange unschlüssig umher, trete von einem Fuß auf den andern, empfinde eine unwillkürliche Scham, ein Bedrücksein, einen unüberwindlichen, beklemmenden Ekel. Es steigt in mir der Wunsch auf, aus dem Schlafzimmer zu entfliehen.

„So komme doch“, ruft mich meine Frau nun schon mit unverhüllter Ungebuld, scheinbar sogar böse, selbst längst unter der Decke versteckt.

„Das ist ganz die Art der Dirnen“, denke ich, „wieso kommt sie nur dazu?“

Langsam lege ich mich auf mein Bett. Es ist mir bekommen zu Mut. Indem ich aufmerksam horche, dünkt es mich, als flüchte dort, hinter der Mauer, auf der Straße, ein unverständliches, vielseitiges Leben. Dort schläft die Nacht nicht, sie wacht und schleicht mit ihren tausenderlei Ränken zu den menschlichen Wohnungen heran, sucht Spalten, trachtet dort einzudringen und den Schlaf der Menschen zu stören und grauenhafte Traumgebilde zu erwecken. Aus den halbdunkeln Winkeln des Schlafzimmers, hinter dem Waschtisch und dem Schrank hervor, kommen diese Schatten in Scharen herangestochen und umringen dicht mein Bett. Von unbegreiflichen Schrecken erfüllt, blide ich in die Gesichter dieser unsichtbaren, nächtlichen Gespenster:

„Was wollt ihr? Laßt mich, ich will nicht! Ich schlafe ja nicht!“

Ich zittere am ganzen Leib; ein kalter Schauer durchrieselt mich dazwischen vom Kopf bis zu den Füßen.

Neben mir liegt meine Frau; sie hat jetzt ihre rechte Hand unter den Kopf gelegt und ich sehe in die tiefe Einöhlung unter dem Arm, die mit dunkeln Haaren bewachsen ist. Ihre Brüste sind entblößt und eine von ihnen hängt auf eine Seite herab. Die geschlossenen Augen mit den besonders finster zusammengezogenen Augenbrauen geben dem Gesicht einen stumpfen, bösen Ausdruck, der durch das laute Schnarchen, das die halbgeöffneten, dicken Lippen ausstoßen, noch verschärft wird.

Ich betrachte sie aufmerkamer und es scheint mir, als sei sie ebenso blind wie die nächtlichen Schatten, es dünkt mich, als habe sie nicht nur ein, sondern zwei blinde Gesichter. Dadurch wird sie für mich besonders unbegreiflich und erschreckend.

Ich erinnere mich ihrer heutigen gierigen, besonders zinnischen Zärtlichkeit, auf seinen Lippen fühle ich noch die Kühle ihrer fetten Lippen, und ein beklemmender dumpfer Ekel, wie bei der Berührung eines widerlichen Angezieters, erfüllt mein ganzes Wesen. Ich verstehe nicht, weshalb, ich kann mir keine Rechenschaft darüber geben, es ist mir einfach unzulänglich ekelhaft und ängstlich zu Mut. Wenn meine Frau in diesem Augenblick aufwachen und ihre fetten Hände mir entgegenstrecken würde, so müßte ich entsezt aufschreien.

Es dünkt mich, als sei das Licht der durchgebrannten elektrischen Lampe noch düsterer geworden; von Zeit zu Zeit scheint es mir, als seufze jemand kaum hörbar im Zimmer, sofort ein Echo in meiner eigenen Brust findend. Ich verstehe nicht recht, ob ich selber seufze oder nicht.

Besonders unerträglich ist mir dieser spezifische, süßliche, widerwärtige Geruch, der von dem Körper meiner Frau ausgeht.

Der Kopf schwindelt mir, mir ist übel... mit unverhülltem Abscheu blide ich auf die paar Schweifstropfen, die auf der Stirne meiner Frau perlen.

Hauptsächlich aber haben meine Gedanken ihre Tätigkeit vollkommen eingestellt, sie sind förmlich atrophiert; ich bin ganz in der Nacht eines blinden Instinktes, der mich jetzt mit grauenhaften, nächtlichen Traumgebilden fesselt.

(Fortsetzung folgt.)

Zusammenfassende Erklärungen ab, worauf beide Resolutionen angenommen wurden. Nach der Versammlung formierte sich eine große Demonstration, die ihren Weg zum Rathaus nahm, wo noch einige Redner des Mieterverbandes Ansprachen an die Massen hielten und zum Eintritt in die Mieterorganisation aufforderten, um auch gegen die geplanten Vorstöße des Hausbesitzertums gegen den Mieterstand gewappnet zu sein.

In dem Zuge wurden sehr viele Tafeln getragen, die Aufschriften gegen den Wohnungswucher und für die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens enthielten. Besonders hielten die Landvolkskassen auf, deren Tafeln Aufschriften enthielten wie: „Die Schuld ist eine Wohnungsfrage“ und „Wir brauchen Licht und Luft“.

Die Demonstration verlief in größter Ruhe und Ordnung. Zwischenfälle ereigneten sich nirgends.

Gewerkschaftliches

Achtung, Arbeitslosenfrage!

Die Unterzeichnete hat mit dem Arbeitslosenrat, den Betriebsrätezentralen und dem Ortsrat der IFA vereinbart, am Dienstag, den 6. Juli, eine Demonstration zu veranstalten, bei der zur Arbeitslosenfrage und zu ihrer Lösung Stellung genommen werden soll. Nähere Bekanntmachung erfolgt in den Sonntagsnummern der Tageszeitungen.

Wie ersehen alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, von heute an diese Demonstration Propaganda zu machen, damit sie zu einer wichtigen Kundgebung in dieser so brennenden Frage gestaltet wird.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung

Generalversammlung der Holzarbeiter

Die Delegierten der Berliner Holzarbeiter hatten sich am Mittwoch sehr zahlreich in Althens Festsaal versammelt, um den Verwaltungsbericht vom 1. Quartal und den der Reorganisationskommission entgegenzunehmen. Zu Beginn der Versammlung berichtete der Bevollmächtigte Stiegle über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um das Reichsarbeitsministerium zur Einsetzung eines Schiedsgerichts zu veranlassen, damit endlich einmal eine Entscheidung über die im Berliner Holzgewerbe bestehenden Streitfragen getroffen wird. Nachdem die Unternehmern durch öffentliche Sabotage das Tarifamt an der Erledigung seiner Arbeiten gehindert haben, stellt sich das Reichsarbeitsministerium in einem an die Verwaltung gerichteten Schreiben auf den Standpunkt, daß noch nicht alle tariflich vorgegebenen Zustände erschöpft sind und der Beweis noch nicht erbracht ist, daß das Tarifamt für das Holzgewerbe durch Verhandeln der Arbeitgeber nicht gestützt werden konnte. Es besteht wohl noch die Möglichkeit, das Tarifamt nochmals in seine Funktionen einzuführen.

Am nun formell der Anforderung des Reichsarbeitsamtes zu genügen, können die beiden Obleute des Tarifamtes sofort zusammenzutreten, um zu entscheiden, ob das Tarifamt zur Erledigung der Berliner Streitfragen, Lohnfrage und Ferienfrage, sowie die Nichterhaltung aller übrigen vertraglichen Bestimmungen zusammenzubringen sei; der Einsetzung eines Schiedsgerichtes durch das Reichsarbeitsamt stände dann nichts mehr im Wege. Das Reichsarbeitsministerium unterstützt aber durch sein Verhalten das Bestreben der Unternehmer bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe, die Gelegenheit auszunutzen und die Löhne auf ein Minimum herabzudrücken.

Die Berliner Holzindustriellen verdrängen bekanntlich durch die jetzt bestehende Arbeitslosigkeit auch dort, wo noch Arbeitslosigkeit besteht, Entlassungen vorzunehmen, um dann durch Neuinstellungen bedeutend niedrigere Löhne zu zahlen als die den entlassenen Arbeitern bezahlt haben. Welt und die im Reichstaxi vorgegebene Normierung der Löhne nach dem 1. April noch nicht zum Abschluß gekommen ist, beruft sich die Unternehmerorganisation auf die im Reichstaxi festgelegten Lohnsätze.

Wenn auch durch die angebotene ungünstige wirtschaftliche Lage das Unternehmertum die Macht hat, die berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft zu hinterziehen und sich über alle vereinbarten Bestimmungen hinwegsetzt, so wird hoffentlich bald die Zeit kommen, wo durch ein einheitliches Vorgehen der gesamten Arbeiterchaft auf der ganzen Linie dieser Unternehmervöllkammer und Ausbeutungsfucht ein Ende bereitet wird.

Im Anschluß an diesen Bericht machte Stiegle auf die am Dienstag stattfindende Arbeitslosen Demonstration aufmerksam und ersucht um recht zahlreiche Beteiligung seitens der arbeitslosen und arbeitenden Holzarbeiter.

Der Bericht der Reorganisationskommission über die Umgestaltung der Berliner Verwaltungsjeweise des Verbandes wurde von Thielemanus entgegnet. In eingehenden Darlegungen betonte er die Notwendigkeit der Reorganisation der Verwaltungsjeweise Berlin, die sich notwendig macht, um einmal in den Verwaltungsjeweise eine andere Vertretung zu schaffen und die Fälligkeit von Lohnbewegungen, Erledigung von Differenzen, sowie Agitation in die Hände verantwortlicher Kollegen zu legen. Die Vorschläge, die die Kommission der Generalversammlung unterbreitet hat, sind bereits im „Mitteilungsblatt“ besprochen worden und auch die der Generalversammlung vorausgehende Mitgliederversammlung hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Eine endgültige Beschlußfassung über die heute vorliegenden Richtlinien kann nicht erfolgen, sondern es soll nur grundsätzlich darüber entschieden werden, ob die Vorlage der Kommission die Grundlage bilden, die den Mitgliedern nochmals zur Diskussion unterbreitet werden soll.

Die nunmehr einsetzende Generaldiskussion, die sich an diesen Bericht anschließt, war sehr lebhaft, obwohl einzelne Diskussionsrechner sich sehr wenig mit dem vorliegenden Entwurf beschäftigt hatten.

Stiegle gab dann eine Übersicht über die zur Zeit auf dem Büro zu erledigenden Arbeiten. Die Arbeitsüberlastung der einzelnen Kollegen, die es dadurch unmöglich macht, die Interessen der Kollegen so wahrzunehmen, wie es absolut notwendig ist. Um diesem Uebelstande abzuwehren und um namentlich den kleinen Branchen mehr Berücksichtigung zuteil werden zu lassen, sei die Vorlage der Kommission entstanden, die das System von angestellten Bezirks- und Gruppenleitern vorsieht. Vor der endgültigen Beschlußfassung sollen die Mitglieder noch ausreichend Gelegenheit haben, zu den Vorschlägen der Kommission Stellung zu nehmen. In diesem Zweck sollen die Richtlinien im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.

Die Generaldiskussion wurde daraufhin abgeschlossen und beschloß, daß der Entwurf der Reorganisationskommission die Grundlage zur Diskussion in den Mitgliederversammlungen bilden soll, in denen dann auch Änderungsanträge zu den einzelnen Positionen gestellt werden können.

Ein Antrag der Verwaltung, die Extrabelträge aufzuheben, wurde von der Generalversammlung gegen etwa 6 Stimmen abgelehnt.

Einige weitere Anträge konnten in Anbetracht der vorgezogenen Stunde nicht mehr erledigt und mußten zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden.

Groß-Berlin

Um die Erhöhung des Gaspreises

Die Erhöhung des Gaspreises bildete den ersten Tagesordnungspunkt der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Genosse Jenuer legte den ablehnenden Standpunkt an einer Erhöhung dar, indem er die unansehnlichen Vergleichszahlen einer Denkschrift über die Betriebsergebnisse der Charlottenburger Werke in Vergleich stellte mit denen der Berliner Werke, und kam zu dem Schluß, daß letztere außerordentlich unrentabel arbeiten. Würde man, so führt er weiter aus, den Vorschlägen der Arbeiterräte folgen, die Befreiung von Steuern und Vergütungen nicht an Abnehmerüberwälzung vererben, sondern im Großen bezühen; würde man die Nebenprodukte besser ausnutzen und auch sonst wirtschaftlicher arbeiten, dann bräuhete der Gaspreis schon heute nicht höher als 70 Pfennig pro Kubikmeter zu sein. Um die Verwaltung zu rationaler Wirtschaft zu zwingen, lehnte er die Erhöhung auf 115 bezw. 125 Pfennig ab.

Stadtverordneter Koblentz suchte aus den Verhältnissen die Notwendigkeit der Erhöhung nachzuweisen; er wählte aber zugleich, daß die Wirtschaft der städtischen Werke äußerst unrentabel ist. Er beantragte dabei die Gelegenheit, dem Genossen Dr. Weitzel vorzuerworten, er habe in der vorigen Sitzung sein Vorschlagsamt liberal gehandhabt, indem er durch einen Brief unsere Genossen aus dem Saale dirigiert habe, um die Vorlage für diesen Tag insoweit beschleunigbar zu sein zu drängen.

Genosse Dr. Weitzel legte dar, daß das Hin- und Hergehen der Fraktion auf einen Fraktionsbeschluss verziele und daß sie ein Recht dazu habe, eine für verwerflich gehaltene Vorlage mit allen Mitteln zu bekämpfen. Er legte weiterhin dar, daß die Direktoren der städtischen Werke bisher alle Verbesserungsvorschläge betriebstechnischer und kaufmännischer Art kritisch abgelehnt haben, also keinerlei guten Willen zeigen, einer weiteren schweren Belastung der Bevölkerung vorzugeben. Solange nicht alle Mittel erschöpft seien, die eine Verbilligung bedingen, werde unsere Fraktion sich nicht ablehnend verhalten.

Die bürgerlichen Redner wählten keinen anderen Ausweg, als — natürlich — die Arbeiter verantwortlich zu machen. Sie arbeiten zu kurze Zeit, mit zu geringer Intensität und zu viel zu hohen Löhnen (J) Die Demokraten suchten aus den ungünstigen Betriebsergebnissen ihrer armenlosen Abneigung gegen Sozialisierungsbestrebungen neue Nahrung zu schöpfen. Stadtverordneter Levy behauptete, die Berliner Gaswerke hätten 40 Prozent Arbeiter und über 50 Prozent Angestellte zwiefel. Außerdem würden fast jährlich die Automatenkunden zu billig bedient.

Stadtverordneter Böhl führte in überaus aggressivem Tone aus, er lehne es ab, eine Politik zu unterstützen, wie die der Unabhängigen Sozialdemokraten, die Ausgaben über Ausgaben bewilligten und die erforderlichen Einnahmen ablehnten. Dadurch würden gerade die breiten Massen später am meisten belastet. Die Verbesserungsvorschläge hätten früher gemacht werden sollen. Stadtverordneter Baumert schloß in daselbe Horn. Die unverantwortliche Politik unserer Fraktion habe die Stadt Berlin an den Rand des finanziellen Abgrundes gebracht.

Genosse Weisse stellte diese Verdrehung richtig durch den Hinweis auf die Folgen des Krieges, den ja die Kommunisten gar nicht lange genug andeuten konnten. Er widerlegte ferner die Behauptung des Räumers, daß unsere Verbesserungsvorschläge nicht rechtzeitig gemacht worden seien. Die städtischen Werke gewissermaßen als abschreckende Beispiele kommunalisierter Betriebe hinzustellen, sei ganz unsonstig. Ein kommunalisierter Betrieb werde nach ganz anderen Grundsätzen organisiert und geleitet sein und erst dadurch zur höchsten Leistungsfähigkeit gebracht werden. Stadtverordneter Cassel wußte es natürlich besser. Die städtischen Gaswerke seien kommunale Betriebe. Alle überflüssigen Arbeitskräfte müßten entlassen werden, denn diese seien das verterende Element. Der seltsame Ton des Herrn Stadtkammerers habe ihn außerordentlich erheitert und er hätte nur gewünscht, daß von Magistratsseite schon früher ähnliche Töne angeschlagen worden wären, das hätte uns manche Ausgabe erspart. (Schmunzelnder Beifall rechts.)

Die Erhöhung des Gaspreises auf 115 bezw. 125 Pfennig wurde von allen Fraktionen, unsere ausgenommen, gutgeheißen.

Dann erbeitete Pastor Koch, der Spasmacher der Versammlung, diese mit einigen demagogischen Anfragen an den Magistrat. Ihm wurde die Ehre zuteil, daß er ernst genommen wurde, und er erhielt ershöpfende Applaus. Zufrieden gestützt dürfte er doch nicht sein.

Die Lehrerbesoldung wurde nach längerer Debatte, worin Rektor Troll für die Schulleiter eine Sonderzulage forderte, die aber von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde, angenommen.

Arbeiter-Bildungsschule, Abteilung Elternbeiräte. Heute, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Schillerstraße 5/6, die Fortsetzung der Versammlung für Obleute, Stellvertreter und sonst interessierte Elternbeiräte, statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion. Erledigung der Anträge. Berichte.

Lebensmittelkalender

Zehntender. Die Ausgabe von Gemeindefarzen und Jucker für die Zeitschriftenperiode vom 1. bis 15. Juli 1920 erfolgt am 2. und 3. Juli 1920. Ausgegeben werden: Auf Abschnitt 22 1/2 Pf. Sockenlöcher zu 40 Pf.; auf Abschnitt 23 200 Gramm Socken zu 30 Pf.; auf Abschnitt 24 1 Pf. Krammarmelade (in Gläsern); auf Abschnitt 25 125 Gramm Zerkleinern zu 1,40 Pf.; auf Abschnitt 26 der Juckerliste 275 Gramm Jucker. Nachkommungen für Lebensmittelwaren nehmen entgegen die Händler: Gräber, Düppelstr. 21, Georg Gröbner, Wilmannsstraße 27, Kottgarten, Heidestr. 17 und Göttern, Mittelstr. 9. — Für Jucker: 4. Schulze, Hauptstr. 60, Kottgarten, Heidestraße 17.

Aus den Organisationen

1. Juli. Heute abend, 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Prenzlauer Berg. Tagesordnung: Die politische Lage. Stellungnahme zur Generalversammlung. Vortrag: Dr. Herz.
2. Juli. Freitag, 7 Uhr, in den Gemeinschaften, Wemeler Straße 67, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Steuer- und Rechtsfragen. Vortrag: Gen. Aris Schneider. 2. Beauftragung der von den Abteilungen gewählten Delegierten zur Reichs-Generalversammlung.
3. Juli. Alle Hilfskräfte zur Ferienlageraufstellung des 7. Schultrietes. Besprechung heute abend, 7 1/2 Uhr, Schulze Wilmannsstraße 27, Zimmer 10.
4. Juli. Die Delegierten der kommunalen Kommission werden für heute abend 7 1/2 Uhr zur Konferenz nach der Scheidestr. 19, bei Richard Neufeld, eingeladen. Wichtiges Tagesprogramm.
5. Juli. Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, ihre Kinder, die am 1. Juli bei den Müttervereinen und Kindern mitgebracht haben, heute, Freitag abend, 6 Uhr, im Rathaus zum Elternabend zu neuen Einbürgerungen von Kindern und Gefährten zu dem am 17. Juli stattfindenden Jugend- und Kinderfest mitzubringen zu lassen.
6. Juli. Heute, Freitag abend, 7 Uhr, bei Kirch, Veltensburger Str. 81, Sitzung der Delegierten- und Leitungsausschüsse. Reorganisationsfragen.
7. Juli. 3. Abteilung. Sitzung der Bezirksleiter, Freitag, 7 Uhr bei Reich Zwinnendiek Straße 51.
8. Juli. Freitag, den 2. Juli d. J., abends 8 1/2 Uhr, Arbeiterbewegliche Bezirks-Generalversammlung in den Pausen-Saal, Jägerstr. 126. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Bezirkskommission, 2. Bericht über die wirtschaftliche Lage in Deutschland, 3. Stellung zur Reichs-Generalversammlung, 4. Wahl der Delegierten zur Reichs-Generalversammlung, 5. Verabschiedung. Alle anderen Verhandlungen fallen aus.
9. Juli. Arbeiterbewegliche Bezirks-Generalversammlung, 6 Uhr, in Pausen, Schulstraße, Pausen-Saal, Jägerstr. 126. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Reichs-Generalversammlung am 11. Juli, 2. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 3. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 4. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 5. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 6. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 7. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 8. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 9. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 10. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 11. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 12. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 13. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 14. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 15. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 16. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 17. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 18. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 19. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 20. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 21. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 22. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 23. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 24. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 25. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 26. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 27. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 28. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 29. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 30. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 31. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 32. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 33. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 34. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 35. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 36. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 37. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 38. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 39. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 40. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 41. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 42. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 43. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 44. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 45. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 46. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 47. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 48. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 49. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 50. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 51. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 52. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 53. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 54. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 55. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 56. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 57. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 58. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 59. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 60. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 61. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 62. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 63. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 64. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 65. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 66. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 67. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 68. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 69. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 70. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 71. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 72. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 73. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 74. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 75. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 76. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 77. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 78. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 79. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 80. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 81. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 82. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 83. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 84. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 85. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 86. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 87. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 88. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 89. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 90. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 91. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 92. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 93. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 94. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 95. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 96. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 97. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 98. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 99. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 100. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 101. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 102. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 103. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 104. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 105. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 106. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 107. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 108. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 109. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 110. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 111. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 112. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 113. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 114. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 115. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 116. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 117. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 118. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 119. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 120. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 121. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 122. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 123. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 124. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 125. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 126. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 127. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 128. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 129. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 130. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 131. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 132. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 133. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 134. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 135. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 136. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 137. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 138. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 139. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 140. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 141. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 142. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 143. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 144. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 145. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 146. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 147. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 148. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 149. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 150. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 151. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 152. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 153. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 154. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 155. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 156. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 157. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 158. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 159. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 160. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 161. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 162. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 163. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 164. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 165. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 166. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 167. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 168. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 169. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 170. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 171. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 172. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 173. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 174. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 175. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 176. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 177. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 178. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 179. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 180. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 181. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 182. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 183. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 184. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 185. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 186. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 187. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 188. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 189. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 190. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 191. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 192. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 193. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 194. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 195. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 196. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 197. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 198. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 199. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 200. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 201. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 202. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 203. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 204. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 205. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 206. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 207. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 208. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 209. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 210. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 211. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 212. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 213. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 214. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 215. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 216. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 217. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 218. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 219. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 220. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 221. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 222. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 223. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 224. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 225. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 226. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 227. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 228. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 229. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 230. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 231. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 232. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 233. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 234. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 235. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 236. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 237. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 238. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 239. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 240. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 241. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 242. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 243. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 244. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 245. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 246. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 247. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 248. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 249. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 250. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 251. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 252. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 253. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 254. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 255. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 256. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 257. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 258. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 259. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 260. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 261. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 262. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 263. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 264. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 265. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 266. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 267. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 268. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 269. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 270. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 271. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 272. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 273. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 274. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 275. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 276. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 277. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 278. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 279. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 280. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 281. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 282. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 283. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 284. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 285. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 286. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 287. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 288. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 289. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 290. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 291. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 292. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 293. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 294. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 295. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 296. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 297. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 298. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 299. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 300. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 301. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 302. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 303. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 304. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 305. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 306. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 307. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 308. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 309. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 310. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 311. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 312. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 313. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 314. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 315. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 316. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 317. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 318. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 319. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 320. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 321. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 322. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 323. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 324. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 325. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 326. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 327. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 328. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 329. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 330. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 331. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 332. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 333. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 334. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 335. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 336. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 337. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 338. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 339. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 340. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 341. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 342. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 343. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 344. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 345. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 346. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 347. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 348. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 349. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 350. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 351. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 352. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 353. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 354. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 355. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 356. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 357. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 358. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 359. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 360. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 361. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 362. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 363. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 364. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 365. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 366. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 367. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 368. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 369. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 370. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 371. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 372. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 373. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 374. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 375. Zur Teilnahme des Delegierten der Bezirks-Generalversammlung am 11. Juli, 376. Zur Teilnahme des Delegierten